

Der Terroranschlag in Paris, gefährlicher Rauch in der Washingtoner U-Bahn und Spekulationen über den republikanischen Präsidentschaftskandidaten

Zusammenfassung der US-Berichterstattung für die Woche vom 12. bis zum 18. Januar

(fp) Auch in der amerikanischen Presse waren die Terror-Anschläge in Paris das Top-Thema der vergangenen Woche. Außerdem in den Schlagzeilen war der rauchgefüllte U-Bahn Tunnel in Washington, D.C., der ein Opfer forderte. Im Weißen Haus wird spekuliert, wer für die Republikaner im Wahlkampf 2016 antritt.

Bei den Terror-Anschlägen in Paris starben in der vergangenen Woche 17 Menschen, darunter auch die Herausgeber der Zeitung Charlie Hebdo. Am Sonntag versammelten sich über eine Millionen Demonstranten in den Straßen von Paris, angeführt von mehr als 50 Staatsoberhäuptern aus aller Welt, um ein Zeichen für Einheit und gegen den Terrorismus zu setzen. Während die USA nur von seiner Botschafterin vertreten wurde, bildeten unter anderem Angela Merkel, der israelische Ministerpräsident Netanyahu und der britische Premier David Cameron die vorderste Front der Prozession. US-Außenminister John Kerry reiste vergangenen Donnerstag nach Paris um sich für die mangelnde US-Präsenz am Sonntag zu entschuldigen. Kerry, der selbst französische Wurzeln hat, verkündete auf Englisch und Französisch die Unterstützung der USA. Der französische Präsident Hollande betonte noch einmal, wie wichtig es sei, gemeinsam gegen den Terrorismus vorzugehen, insbesondere nachdem auch Amerika Opfer eines terroristischen Anschlags am 11. September 2001 geworden war. In einer Tour zu den Orten des Geschehens vergangener Woche gedachte Kerry gemeinsam mit Hollande noch einmal allen Opfern. Charlie Hebdo's neue Ausgabe, die am Mittwoch erschienen war, zeigt den Propheten Mohammed mit dem Button „Je Suis Charlie“, der zum Symbol der Anti-Terror Bewegung geworden ist. Anstatt der üblichen 60 000 Kopien wurden 3 Millionen Exemplare in Auftrag gegeben, die schon nach wenigen Stunden ausverkauft waren. Frankreichs Bürger zeigten, dass sie sich nicht von den Terrorattacken einschüchtern lassen. Am Mittwoch meldete sich zur Überraschung der Ermittler eine Al'Qaida Gruppe aus dem Jemen per Videobotschaft zu Wort, in der ihr Anführer Nasr al-Ansi sich zu dem Anschlag auf die Satire-Zeitung bekennt und die Verantwortung übernimmt. Mittlerweile ist klar, dass einer der Terroristen, die 12 Menschen

in der Redaktion von Charlie Hebdo töteten, bereits 2011 in den Jemen reiste. Al'Qaida soll ihn dort trainiert und mit 20.000 Dollar für die Anschläge versorgt haben.

Am Dienstag, dem 13. Januar, füllte sich in der US-Hauptstadt Washington, D.C., ein U-Bahn-Tunnel mit Rauch. Eine Frau überlebte den Vorfall nicht, über 80 Passagiere des Zuges, der zwischen zwei Stationen halten musste, wurden mit Rauchvergiftungen ins Krankenhaus gebracht. Laut Zeugenaussagen versuchten einige verzweifelt die Türen des Wagens aufzuschieben, andere klammerten sich an die Person zu ihrer Linken und einige verloren langsam das Bewusstsein. Die Feuerwehr begann sofort mit der Evakuierung, nachdem sichergestellt worden war, dass die Gleise nicht mehr unter Strom stehen. Laut National Transportation Safety Board verursachte ein Elektrounfall den Rauch; ein Feuer hatte es nicht gegeben. Der Vorfall war der erste Metro-Unfall seit Juni 2009, der einen Toten forderte.

In San Diego, Kalifornien, verkündete der Republikaner Mitt Romney, er wolle zum dritten Mal ins Rennen für die Präsidentschaftswahlen 2016 starten. Romney unterlag bei beiden seiner bisherigen Versuche dem Amtsinhaber Barack Obama. Für den anstehenden Wahlkampf hofft Romney mit dem Argument zu überzeugen, er wolle das Volk aus der Armut führen. Doch genau dieser Punkt stellte die Schwachstelle seiner letzten Kampagne dar; 2012 hieß es, Romney sei zu weit von der amerikanischen Mittelschicht entfernt und könne sich nicht mit ihren Problemen identifizieren. Selbst seine Befürworter stehen seiner Idee einer erneuten Kandidatur skeptisch gegenüber. Einige Republikaner wollen für die Wahlen 2016 einen jüngeren, frischeren Kandidaten, der einen Gegensatz zur 67-jährigen demokratischen Kandidatin Hillary Rodham Clinton darstellt. Zur Auswahl stehen unter anderen der Gouverneur von Wisconsin, Scott Walker, sowie Gouverneur Rick Perry aus Texas und Gouverneur Chris Christie aus New Jersey. Für die Vorwahlen im März 2015 möchten die Republikaner noch keinen Favoriten festlegen.

Quellen:

www.nytimes.com

www.washingtonpost.com

www.latimes.com

www.sfchronicle.com

